

Sporen für den lahmen Gaul?

Neuer Anlauf beim Emissionshandel

STRASSBURG ■ Klimaschutz trifft Marktwirtschaft - das klingt wie ein Traumpaar. Als der europäische Emissionshandel 2005 an den Start ging, schwangen große Erwartungen mit. Die Erfahrung indes ist ernüchternd. Nun soll eine weitere große Reform den Handel mit Verschmutzungsrechten endlich in Schwung bringen. Gestern debattierte das Europaparlament und stimmt morgen ab.

Emissionshandel - was ist das überhaupt?

Die Idee ist einfach: Wenn Firmen für die Verschmutzung der Luft bezahlen müssen, wird jeder vernünftige Betriebswirt versuchen, das zu vermeiden. Für jede Tonne ausgestoßenes Kohlendioxid brauchen Energieversorger und Industrie also ein Zertifikat. Die Gesamtmenge dieser Verschmutzungsrechte wird von Behörden berechnet und zugeteilt. Die meisten Industriebranchen bekommen sie unter bestimmten Bedingungen gratis, während Energieversorger sie auf Auktionen kaufen müssen. Seit 2012 gibt es Emissionshandel auch für den Flugverkehr.

Wozu braucht man das?

Der Emissionshandel - nach dem englischen Namen auch ETS genannt - soll die Klimaziele der Europäischen Union erreichen helfen: eine Minderung der Treibhausgase um 20 Prozent bis 2020 und um 40 Prozent bis 2030, jeweils gemessen am Wert von 1990. Die Branchen, für die der Emissionshandel gilt, haben eigene Vorgaben. Sie müssen 2030 zusammen um 43 Prozent unter ihrem Ausstoß von 2005 liegen. Das System

wirkt zweifach für den Klimaschutz - zumindest in der Theorie: Die CO₂-Preise sind Anreiz zum Investieren in saubere Technik, denn wer Verschmutzungszertifikate übrig hat, kann damit handeln. Und jedes Jahr schrumpft die Menge der ausgegebenen Verschmutzungsrechte. Weil ein Deckel drauf ist, heißt das System auch „Cap and Trade“.

Wieso funktioniert es bisher nicht?

Von Beginn an waren immer zu viele Verschmutzungsrechte auf dem Markt, so dass sie die meiste Zeit spottbillig waren und das System keinen Anreiz zu Investitionen gab. Immer wieder wurde nachjustiert, doch ohne große Wirkung.

Was soll sich ändern?

Der Umweltausschuss des Europaparlaments will die Verschmutzungsrechte in der Zeit zwischen 2021 und 2030 verknappen. So soll die Gesamtmenge rascher schrumpfen als bisher, nämlich um jährlich 2,4 Prozent statt zuletzt 1,74 Prozent. Und eine große Branche - die Zementhersteller - soll die Verschmutzungsrechte nicht mehr gratis bekommen, sondern kaufen müssen.

Ist das die Lösung?

Nein, meint die Denkfabrik Agora Energiewende in Berlin. Die Pläne „würden das Problem nicht im Ansatz lösen“, sagt ihr Energieexperte Matthias Buck. Es blieben immer noch zu viele Zertifikate im System. „Eine echte Reform des ETS bekommen wir wohl erst in fünf Jahren“, prognostiziert Buck. ■ dpa